

# Vertrag

## ÜBER DIE DURCHFÜHRUNG VON SEMINAREN

---

Zwischen

dem **Deutsches Rotes Kreuz e.V.**,  
vertreten durch den Vorstand,  
dieser vertreten d.d. Vorsitzenden (Generalsekretär) Christian Reuter,  
Carstennstraße 58, 12205 Berlin,

- nachfolgend "**Auftraggeber**" genannt -

und

[Name/Firma des Vertragspartners]

[Anschrift des Vertragspartners]

[vertreten durch (Person/Organ, durch die der Vertragspartner bei Abschluss dieses Vertrages rechtlich wirksam vertreten wird)]

- nachfolgend "**Auftragnehmer**<sup>1</sup>" genannt -

- Auftraggeber und Auftragnehmer nachfolgend  
auch die "**Vertragsparteien**" genannt -

wird folgender Vertrag geschlossen:

### Präambel:

Die „Migrationsberatung für erwachsene Zugewanderte“ (MBE) ist ein migrationsspezifisches Beratungsangebot des Bundes. Seit 2005 wird in anerkannten Beratungsstellen vertrauliche Beratung für erwachsene Zugewanderte ab 27 Jahren in ganz Deutschland angeboten. Das Programm wird aus dem Bundeshaushalt über das Bundesministerium des Innern und für Heimat (BMI) gefördert. Bewilligungsbehörde ist das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF). In der MBE wird nach dem Case Management Ansatz gearbeitet. Zu diesem Thema plant der Auftraggeber eine Kurzzeit Fortbildung für die Beratenden der Migrationsberatung beim Auftraggeber.

### § 1 Vertragsgegenstand

(1) Der Auftragnehmer wird für den Auftraggeber folgende Leistungen erbringen:

---

<sup>1</sup> Aus Gründen der Lesbarkeit wird bei allen Personenbezeichnungen und Pronomen das generische Maskulinum verwendet. Dies soll ausdrücklich im Sinne der Gleichbehandlung alle Geschlechter umfassen und beinhaltet selbstredend keinerlei Wertungen.

- Er wird ein Einführungsseminare zum Thema Case Management (CM) in der Migrationsberatung (Umfang 26 Unterrichtseinheiten à 45 Minuten) als Blended Learning Format mit einer Präsenzphase sowie zwei Online-Seminaren zur Vor- und Nachbereitung für ca. 20 Teilnehmende durchführen.
- Er wird ein Vertiefungsseminar zu Case Management in der Migrationsberatung (Umfang 16 Unterrichtseinheiten à 45 Minuten) für ca. 20 Teilnehmende online durchführen.
- Zielgruppe der Seminare sind Beratungsfachkräfte der Migrationsberatung für erwachsene Zugewanderte (MBE).
- Im Mittelpunkt des Einführungsseminars stehen folgende Inhalte:
  - inhaltliche und methodische Grundlagen des CM, CM-Instrumentarium (Methoden), die verschiedenen Dimensionen und Wirkungsebenen sowie Rolle der Beraterin / des Beraters
  - Grundlagen der Individuellen Fallsteuerung, komplexe Fallkonstellationen prozesshaft bearbeiten
  - ressourcen- und netzwerkorientierte Arbeit
  - Systemsteuerung und des Netzwerkmanagement
  - Anwendung von CM-Tools
  - kollegiale Austausch und Praxisbezug durch Arbeit an Fallbeispielen

Im Mittelpunkt des Vertiefungsseminars stehen folgende Inhalte:

- vertiefte anwendungsbezogene Kenntnisse zum CM
- moderierter fachlicher Austausch zur praktischen Anwendung von CM
- Inhalte des Seminars sind an den Bedarfen der Teilnehmenden ausgerichtet
- Die Teilnehmenden an den Fortbildungen erhalten von dem Auftragnehmer jeweils ein umfangreiches Handout sowie Arbeitsmaterialien zu Methoden und Instrumenten des Case Managements. Im Handout und den Arbeitsmaterialien wird die Gleichstellung von Frauen und Männern als durchgängiges Leitprinzip beachten und sie werden in geschlechterneutraler Sprache abgefasst. Nach der Fortbildung wird ein Fotoprotokoll als Dokumentation der erarbeiteten Ergebnisse erstellt und den Teilnehmenden zur Verfügung gestellt.

(2) Der Auftragnehmer übernimmt zudem die folgenden administrativen Leistungen:

- Abstimmungen mit den Teilnehmenden während des Seminars (Online-Formate und Präsenzveranstaltungen) bzgl. Zeiten, Pausen, Moderationsmaterial etc.
- Abstimmungen mit dem Tagungshaus vor Ort bzgl. Zeiten, Moderationsmaterial; Pausen etc.
- Pflegen der Teilnehmenden-Liste (Unterschriften der Teilnehmenden) und Weiterleiten der unterschriebenen Teilnehmenden-Listen nach Abschluss des Seminars an den Auftraggeber
- Ausgabe der Teilnahmebescheinigungen

(3) Das Einführungsseminar Case Management findet als Präsenzveranstaltung statt am 20.-22. Mai 2025 in Fulda. Die Termine der dazugehörigen Online-Seminare zur Vor- und Nachbearbeitung

sowie das Vertiefungsseminar Case Management werden von den Vertragsparteien einvernehmlich vereinbart.

- (4) Der Auftragnehmer wird den Vortrag neutral sowie hersteller- und produktunabhängig halten sowie den Vortrag nicht vorrangig zum Zwecke der Eigenvermarktung oder wirtschaftlicher Eigeninteressen nutzen. Außerdem wird er die Grundwerte des Auftraggebers sowie die Ziele des Vortrages beachten.
- (5) Der Auftraggeber stellt für die Präsenz-Fortbildung einen geeigneten Raum (ausreichend Platz für Übungen und Gruppenarbeiten), Beamer, Pinnwände, Flipchart und Moderationsmaterial zur Verfügung. Als Tagungsorte werden vom Auftraggeber zentral gelegene, mit dem ICE gut erreichbare Städte ausgewählt.
- (6) Der Auftragnehmer verpflichtet sich, die nach diesem Vertrag zu erbringenden Leistungen fachgerecht und nach bestem Wissen und Gewissen zu erbringen.
- (7) Der Auftragnehmer wird nur qualifiziertes und zuverlässiges Personal einsetzen. Er wird nur bewährte Verfahren, Tools und Werkzeug verwenden, deren Eignung er kennt, deren Ausführung er beherrscht und die dem jeweils anwendbaren Stand der Technik entsprechen.
- (8) Der Auftragnehmer kann seine Tätigkeit nach Inhalt und Art und Weise selbst gestalten und die Arbeitszeit über die vereinbarten Termine hinaus selbst bestimmen. Er unterliegt keinem Weisungs- und Direktionsrecht seitens des Auftraggebers. Weisungsrechte des Auftraggebers bestehen auch nicht gegenüber Personen, die der Auftragnehmer gemäß Abs. 2 zur Vertragserfüllung einsetzt.
- (9) Neben diesem Vertrag gelten als Vertragsbestandteile die nachfolgenden Unterlagen:
  - (a) Die Ausschreibung des Auftraggebers vom [ ] bestehend aus
    - der Aufforderung zur Abgabe eines Angebotes,
    - der Leistungsbeschreibung,
    - den Beilagen,
    - Beantwortete Bieterfragen sowie auftraggeberseitige Korrekturen an den Vergabeunterlagen und
    - das Preisblatt.
  - (b) Das Angebot des Auftragnehmers vom [ ] nebst Anlagen.
  - (c) Die Bieterauskünfte
  - (d) Die Allgemeinen Vertragsbedingungen für die Ausführung von Leistungen (VOL/B) in der zum Zeitpunkt des Vertragsabschlusses geltenden Fassung.
- (10) Etwaige Allgemeine Geschäftsbedingungen des Auftragnehmers werden ausdrücklich nicht Vertragsbestandteil.
- (11) Ansprechpartner bei dem Auftraggeber für den Auftragnehmer ist die Bildungsreferentin MBE.

## **§ 2 Pflichten des Auftraggebers, Vergütung**

- (1) Für die Erbringung der gesamten vertraglichen Leistungen zahlt der Auftraggeber dem Auftragnehmer als Vergütung ein Honorar in Höhe von

[Betrag] Euro

ggf. zuzüglich anfallender Umsatzsteuer.

- (2) Der Auftragnehmer ist selbstständig verantwortlich für die Versteuerung seines Honorars. Die Steuerpflicht geht zu Lasten des Auftragnehmers.
- (3) Der Auftraggeber übernimmt die Übernachtungskosten des Auftragnehmers im Seminarhotel. Reisekosten werden dem Auftragnehmer gegen Vorlage der Originalrechnung und der Originalbelege in Höhe der Kosten für die Fahrt in der 2. Klasse der Deutsche Bahn AG erstattet. Die Kosten für die Benutzung eines Flugzeuges werden nur dann erstattet, wenn der Preis günstiger ist als die Fahrtkosten mit der Bahn, 2. Klasse. Bei Benutzung eines Kraftfahrzeuges wird eine Pauschale von **0,30 Euro pro gefahrenen Kilometer, höchstens jedoch 130,00 EUR, erstattet**. Weitere Zahlungen kann der Auftragnehmer nicht verlangen.
- (4) Das Honorar ist innerhalb von 14 Kalendertagen nach vertragsgemäßer Erbringung der in § 1 benannten Leistungen und Vorlage einer prüffähigen Rechnung zur Zahlung fällig. Die Zahlung erfolgt durch Überweisung auf folgendes Konto des Auftragnehmers:

Bank: [Name der Bank]

BLZ: [Bankleitzahl]

Kontonummer: [Kontonummer].

### **§ 3 Ausfall des Vortrags, höhere Gewalt und Pandemieklausel**

- (1) Bei Unterschreitung der Mindestteilnehmerzahl oder Schließung/Störung des Veranstaltungsortes ist der Auftraggeber berechtigt, die Veranstaltung abzusagen oder zu verlegen. In diesem Fall informiert der Auftraggeber den Auftragnehmer bis spätestens vier Wochen vor dem Veranstaltungstermin. Ansprüche auf die Zahlung der Vergütung oder auf den Ersatz von Auslagen bestehen im Falle der Veranstaltungsabsage nicht.
- (2) Werden die Arbeiten durch den Eintritt höherer Gewalt unterbrochen, so werden die Parteien von den Verpflichtungen aus diesem Vertrag für diese Zeit befreit. Als höhere Gewalt zählt unter anderem bei bewaffneten Konflikten, Naturkatastrophen, Verfügungen von höherer Hand, Sabotage, Streiks und Aussperrungen, geologische Veränderungen und Einwirkungen. Ist die Erfüllung des Vertrages insgesamt nicht mehr möglich, so können beide Parteien den Vertrag kündigen, wobei Schadensersatzansprüche ausgeschlossen sind.
- (3) Bei einem Eintritt von höherer Gewalt verpflichtet sich jede Vertragspartei die andere so bald wie möglich darüber zu unterrichten und alle notwendigen Einzelheiten zur Verfügung zu stellen. Die Parteien verpflichten sich über die möglichen und notwendigen Maßnahmen in einem solchen Fall zu beraten.
- (4) Werden die Parteien bei der Erfüllung ihrer vertraglichen Leistungen durch Auswirkungen, die direkt oder indirekt im konkreten Zusammenhang mit eine/r Schutzmaßnahme zur Verhinderung der (weiteren) Ausbreitung einer bedrohlichen übertragbaren Krankheit im Sinne des Infektionsschutzgesetzes einer staatlichen Behörde oder anderen Epidemien oder Pandemien stehen beeinträchtigt, verpflichten sie sich hierüber die andere Vertragspartei unverzüglich in Textform zu informieren. Eine Verlängerung von Fristen ist in einem solchen Fall

möglich, hat jedoch mit Rücksprache zu erfolgen, kann aber zu keinem Rücktrittsrecht oder Schadensersatzanspruch der anderen Vertragspartei führen. Beide Parteien verpflichten sich, ihr Möglichstes zur Schadensminderung zu unternehmen.

- (5) Eine Beeinträchtigung nach Absatz 4 liegt insbesondere vor, wenn
- der Betrieb oder ein Teil des Betriebs einer Vertragspartei von Quarantänemaßnahmen betroffen ist,
  - behördlich angeordnete Betriebsschließungen, Ausgangssperren, Reiseverbote oder Auslands-Rückkehr-Gebote ausgesprochen werden,
  - aufgrund von Einreisesperren oder anderweitiger behördlicher Maßnahmen Lieferketten unterbrochen werden und daher Material oder Dienstleistungen nicht zur Verfügung stehen,
  - der Betrieb oder ein Teil des Betriebs einer Vertragspartei aufgrund des Infektionsgeschehens nicht arbeitsfähig ist oder sich in Quarantäne befindet.
- (6) Beide Vertragsparteien sind bei einer andauernden Unterbrechung oder Beeinträchtigung von über 12 Monaten berechtigt gänzlich oder teilweise den Vertrag zu kündigen, ohne dass der anderen Vertragspartei hieraus Ersatzansprüche abgeleitet werden können.

#### **§ 4 Laufzeit und Beendigung des Vertrages**

- (1) Der Vertrag tritt ab Unterzeichnung in Kraft und endet mit der Erbringung aller geschuldeten Leistungen, ohne dass es einer gesonderten Kündigung bedarf, spätestens jedoch am 15. Dezember 2025.
- (2) Dieser Vertrag kann von jeder Vertragspartei mit einer Frist von einem Monat zum Monatsende gekündigt werden. Das Recht zur außerordentlichen Kündigung dieses Vertrages bleibt unberührt.
- (3) Der Vertrag kann außerordentlich aus wichtigem Grund, insbesondere bei grober Pflichtverletzung Einleitung eines Insolvenzverfahrens, erheblicher Dissens über die Gestaltung und Durchführung des Auftrages, der zu einer Unzumutbarkeit der weiteren Zusammenarbeit führt, Leistungsverzug oder Unfähigkeit zur ordnungsgemäßen Leistungserbringung vom Auftraggeber außerordentlich und fristlos gekündigt werden.
- (4) Im Falle einer Kündigung nach Abs. 2 hat der Auftragnehmer nur einen anteiligen Anspruch auf die in § 2 Absatz 1 geregelte Vergütung, soweit bereits Leistungen erbracht wurden. Diese können bis zum Zeitpunkt des Zugangs der Kündigung abgerechnet werden. Bereits zu viel abgerechnete Vergütungsleistungen sind vom Auftragnehmer zurückzuzahlen.
- (5) Im Falle einer Kündigung nach Absatz 3 hat der Auftragnehmer keinen Anspruch auf die in § 2 Absatz 1 vereinbarten Vergütung. Bereits erhaltene Vergütungen sind vom Auftragnehmer an den Auftraggeber zurückzuzahlen. Der Erstattungsbetrag zu Gunsten des Auftraggebers ist mit einem Zinssatz von 5 Prozentpunkten über dem Basiszinssatz per annum ab dem Zeitpunkt der Zahlung durch den Auftraggeber zu verzinsen.

- (6) Kündigungen bedürfen der Schriftform. Unter Schriftform verstehen die Vertragsparteien ein Dokument mit eigenhändiger Unterschrift vom (ggf. jeweiligen Vertretungsberechtigten), welches der anderen Vertragspartei im Original zuzustellen ist. Die Parteien erkennen an, dass die Schriftform auch durch eine marktübliche elektronische Signaturanwendung/-software (z.B. D.velop sign, DocuSign®) erfüllt wird.
- (7) Bei Beendigung dieses Vertrages ist der Auftragnehmer verpflichtet, dem Auftraggeber sämtliche ihm zur Erfüllung dieses Vertrages zur Verfügung gestellten Gegenstände, Unterlagen und Daten, einschließlich etwa hiervon gefertigter Kopien, herauszugeben.

## **§ 5 Urheberrecht**

- (1) Soweit die schriftliche Zusammenfassung des Vortrags Urheberrechtsschutz genießt, räumt der Auftragnehmer dem Auftraggeber zum Zeitpunkt ihres Erhalts unwiderruflich alle räumlich, zeitlich und sachlich unbeschränkten, übertragbaren, nicht-ausschließlichen Nutzungsrechte ein. Dies umfasst alle zum Zeitpunkt der Rechteübertragung bekannten und zukünftig bekanntwerdenden Medien und Nutzungsarten und schließt insbesondere das Recht ein, die schriftliche Zusammenfassung zu vervielfältigen, in beliebiger Weise zu bearbeiten, weiterzuentwickeln, zu ändern und in sonstiger Weise umzugestalten und die hierdurch geschaffenen Ergebnisse in gleicher Weise zu nutzen.
- (2) Der Auftraggeber ist insbesondere berechtigt, DRK-Untergliederungen (etwa Landesverbände, Kreisverbände, Ortsverbände, DRK-Service GmbH) oder sonstigen Dritten Nutzungsrechte unbeschränkt einzuräumen. Ein Anspruch auf gesonderte Vergütung für die Einräumung dieses etwaigen Nutzungsrechts besteht nicht. Die Einräumung dieses etwaigen Nutzungsrechts ist durch das Honorar abgegolten.
- (3) Ein Anspruch auf gesonderte Vergütung für die Einräumung dieser etwaigen Nutzungsrechte besteht nicht. Die Einräumung dieser etwaigen Nutzungsrechte ist durch das Honorar abgegolten.

## **§ 6 Schutzrechte Dritter**

- (1) Der Auftragnehmer steht dafür ein, dass die vertragliche Leistung, einschließlich der Teilnehmermaterialien frei von Schutzrechten Dritter ist, die ihre vertragsmäßige Nutzung durch den Auftraggeber ausschließen oder einschränken.
- (2) Werden nach Vertragsabschluss Verletzungen von Schutzrechten geltend gemacht und wird die vertragsmäßige Nutzung der vertraglichen Leistungen beeinträchtigt oder untersagt, ist der Auftragnehmer verpflichtet, nach Wahl des Auftraggebers entweder die vertragliche Leistung in der Weise zu ändern oder zu ersetzen, dass sie nicht mehr unter die Schutzrechte fallen, gleichwohl aber den vertraglichen Bestimmungen entsprechen, oder das Recht zu erwirken, dass die vertragliche Leistung uneingeschränkt und für den Auftraggeber ohne zusätzliche Kosten vertragsgemäß genutzt werden kann. Ist dies dem Auftragnehmer binnen eines Zeitraumes von 20 Kalendertagen ab Geltendmachung der Schutzverletzung nicht möglich, so hat der Auftraggeber dem Auftragnehmer eine angemessene Nachfrist von mindestens 14

Kalendertagen zu setzen. Gelingt dies dem Auftragnehmer auch nicht in dieser Frist, so kann der Auftraggeber ganz oder teilweise von diesem Vertrag zurücktreten oder die Herabsetzung der Vergütung verlangen und Schadensersatz oder Ersatz vergeblicher Aufwendungen verlangen. Eine Nachfristsetzung bedarf es nicht, wenn der Auftragnehmer offensichtlich nicht zur Mängelbeseitigung in der Lage ist oder die Mängelbeseitigung ablehnt.

- (3) Der Auftragnehmer übernimmt die alleinige Haftung und Rechtsverteidigung gegenüber denjenigen, die Verletzungen von Schutzrechten geltend machen. Der Auftragnehmer ist insbesondere berechtigt und verpflichtet, alle Rechtsstreitigkeiten, die sich aus diesen Ansprüchen ergeben, auf eigene Kosten durchzuführen und den Auftraggeber von jeglicher Inanspruchnahme durch Dritte auf erstes Anfordern umfassend freizustellen.
- (4) Der Auftraggeber wird vom Auftragnehmer unverzüglich schriftlich benachrichtigt, wenn gegen sie Ansprüche wegen Verletzung von Schutzrechten geltend gemacht werden.

### **§ 7 Verschwiegenheit und Datenschutz**

- (1) Der Auftragnehmer verpflichtet sich über alle ihm im Zusammenhang mit der Erfüllung dieses Vertrages bekannt gewordenen oder bekannt werdenden DRK-Angelegenheiten auch über das Ende dieses Vertrages hinaus Stillschweigen zu bewahren.
- (2) Der Auftragnehmer stellt sicher, dass alle datenschutzrechtlichen Bestimmungen Beachtung finden. Sämtliche personenbezogenen Daten sind bei Beendigung der Vereinbarung dem Auftraggeber auf dessen Verlangen zu übergeben oder unverzüglich zu löschen. Zur Auftragserfüllung gegenüber dem Auftraggeber setzt der Auftragnehmer nur solches Personal ein, das zur Vertraulichkeit verpflichtet wurde.

### **§ 8 Aufrechnung und Zurückbehaltungsrecht**

Gegen Ansprüche des Auftraggebers kann der Auftragnehmer nur mit einer unbestrittenen oder rechtskräftig festgestellten Gegenforderung aufrechnen. Zur Geltendmachung von Zurückbehaltungsrechten ist der Auftragnehmer nur aufgrund von Gegenansprüchen aus dem gleichen Vertragsverhältnis berechtigt.

### **§ 9 Salvatorische Klausel**

- (1) Sollten einzelne Bestimmungen dieses Vertrags ganz oder teilweise unwirksam, nichtig oder undurchführbar sein oder werden, so wird die Wirksamkeit der übrigen Bestimmungen davon nicht berührt.
- (2) Die in Absatz 1 genannten unwirksamen Bestimmungen, sind durch neue, dem geltenden Recht entsprechende Bestimmungen zu ersetzen. Entsprechendes gilt, wenn sich in dem Vertrag eine Lücke herausstellen sollte.

### **§ 10 Schlussbestimmungen**

- (1) Die Vertragsparteien sind sich einig, dass durch diesen Vertrag kein Dienstverhältnis im Sinne des Arbeits-, Versicherungs- und Steuerrechts begründet wird. Es werden daher keine Sozialleistungen gewährt. Der Auftragnehmer ist verpflichtet, seine steuerrechtlichen

Verpflichtungen selbstständig zu erfüllen. Dies ist bei der Kalkulation des Honorars berücksichtigt. Der Auftragnehmer ist nicht in die Betriebsorganisation des Auftraggebers eingegliedert. Er ist berechtigt, auch für andere Auftraggeber tätig zu werden. Das Auftreten am Markt zur Akquirierung anderer Auftraggeber ist dem Auftragnehmer ohne Einschränkungen möglich.

- (2) Nebenabreden oder Ergänzungen und Änderungen dieses Vertrags bedürfen der Schriftform. Mündliche Abmachungen bedürfen zu ihrer Wirksamkeit der Schriftform. Dies gilt auch für die Abbedingung der Schriftform.
- (3) Sämtliche in diesem Vertrag genannten Anlagen sind verpflichtender Vertragsbestandteil.
- (4) Dieser Vertrag unterliegt dem Recht der Bundesrepublik Deutschland unter Ausschluss des UN-Kaufrechts.
- (5) Als ausschließlicher Gerichtsstand für Streitigkeiten aus und im Zusammenhang mit diesem Vertrag wird Berlin vereinbart.

---

(Berlin, Datum]

---

[Ort, Datum]

---

Deutsches Rotes Kreuz e. V.  
Christian Reuter  
Generalsekretär

---

[Name/Firma des Auftragnehmers]  
[Vertreter]  
[Funktionsbeschreibung z.B. Vorstand, z.B. Geschäftsführer, Vorstand]